

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Reichsgerichts
und des Reichsgerichts für die
Angelegenheiten des Erzgebirges.
— Erscheint wöchentlich.
Preis pro Jahrgang 12. —

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 94

Freitag, den 22. April 1932

27. Jahrgang

Die Genfer Besprechungen des Kanzlers

Genf, 20. April. Die Besprechungen, die der Reichskanzler dieser Tage in Genf geführt hat, haben sich auf alle schwebenden Fragen, also auf das Abrüstungs-, Reparations- und das Donauproblem, bezogen. Was die Reparationsfrage betrifft, so waren vor allem die Gespräche mit dem Vertreter Englands und Italiens außerordentlich wertvoll. Sie führten zu einem weitgehenden Gebirgsaustausch über die Vorbereitung der Lausanne-Konferenz und die damit zusammenhängenden Fragen. Wenn gleich im Augenblick Einzelheiten noch nicht zu erfahren sind, so kann doch schon jetzt als Ergebnis dieser Besprechungen festgehalten werden, daß nach Auffassung aller beteiligten Staatsmänner nicht nur die Frage der Reparationen einer klaren Lösung entgegengeführt werden muß, sondern auch die wirtschaftlichen Probleme energisch angepaßt werden sollen. In der Abklärungsfrage macht sich der Umstand geltend, daß die französischen Wahlen bevorstehen, und die darin allgemein keine Neigung besteht, die Dinge in ein entscheidendes Stadium vorzutreiben. Für Deutschland als Abrüstungsgläubiger ist es wichtig, daß nicht der Eindruck entsteht, als ob gewisse Forderungen nur von Deutschland erhoben werden, sondern, daß diese Forderungen auch von den anderen abrüstungsfreundlichen Mächten vertreten werden. Es kann festgestellt werden, daß durchweg der Wille besteht, von den allgemeinen Definitionen des Abrüstungsproblems zu den konkreten Fragen vorzugehen. Diese Fragen sind bereits in den privaten Besprechungen der Staatsmänner Gegenstand nützlicher Überlegungen gewesen. — Der Reichskanzler, der morgen an der Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz teilnehmen gedenkt, hat, wie man hört, sich vorbehalten, in der Debatte dann hervorzutreten, wenn die Verhandlungen eine entscheidende Wendung nehmen und die Situation es erfordert. Durch die sachliche und ruhige Taktik der deutschen Delegation ist auf der Konferenz bisher das erreicht worden, was mit Rücksicht auf den lächerlichen Einfluß der französischen Wahlen ohne sachliches Zurückweichen für eine tatsächliche Abrüstung erreicht werden konnte. Die vom Reichskanzler geführten Besprechungen über die Donauprob-lem haben, wie verlautet, sehr zur Klärung beigetragen. Es hat sich erwiesen, daß der Eindruck der Ausführungen des deutschen Vertreters auf der Londoner Viermächtekonferenz sehr nachteilig war, und daß nunmehr ernsthaft nach wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Besserung der Lage im Donaugebiet gesucht wird. Es hat sich erneut gezeigt, daß im Sinne der Londoner Ausführungen Staatsverträge von Belang bei den Abjungen, die man anstrebt, die realen Interessen der Wirtschaft nicht übergehen werden können. Reichskanzler Dr. Brüning wird, wie schon angekündigt, am Sonntag seiner Verpflichtung in Preußen genügen und noch am selben Tage nach Genf zurückkehren. Wie lange sich sein Aufenthalt in Genf dann noch ausdehnen wird, hängt naturgemäß nicht nur von den hiesigen Ereignissen, sondern auch davon ab, ob und wann sich für ihn die Notwendigkeit zur Teilnahme an den Sitzungen des Reichskabinetts ergibt.

wisser Waffen nur im Zusammenhang mit ihrer Internationalisierung zulassen will. Der englische Entwurf hat folgenden Wortlaut: Unbeschadet anderer Vorschläge, die im weiteren Verlauf der Tagesordnung zur Erörterung gelangen werden, erklärt sich die Konferenz mit dem Grundsatze der qualitativen Abrüstung einverstanden, daß heißt dem Herausgreifen gewisser Waffenarten oder -Typen, deren Besitz oder Verwendung jedem Staat durch ein internationales Abkommen verboten werden soll. Minister Simon wies darauf hin, daß mit dieser Entscheidung der von einigen Staaten aufgeworfenen Frage der Internationalisierung gewisser Waffen in keiner Weise vorgegriffen werden solle. So sei aber an der Zeit, den Grundsatze der Abschaffung gewisser, näher zu bestimmender Angriffswaffen festzulegen. Die Frage der Internationalisierung sei bei gewissen Waffen, z. B. den Giftgasen und dem chemischen Krieg überhaupt, nicht aufgeworfen worden, und auch für die anderen Waffen brauche sie erst später entschieden zu werden. Der Entwurf der jugoslawischen Delegation wolle hier oder fünf verschiedene Punkte gleichzeitig erledigen. Das wäre ungefähr so, als wenn alle Genfer Automobile auf einmal durch das gleiche Portal fahren wollten.

Nadolny über die Abschaffung der Angriffswaffen

Genf, 20. April. In seinem heutigen Rede gemachten Rede führte Reichskanzler Nadolny u. a. aus: Ich muß betonen, daß das in den Friedensverträgen enthaltene einseitige Verbot der in Frage stehenden Waffen, besonders der Luftwaffen, die abgerüsteten Staaten in eine Lage der Unsicherheit versetzt hat, die mit den Erfordernissen nationaler Sicherheit nicht im Einklang zu bringen ist. Die Vorschläge hinsichtlich des Verbots der Angriffswaffen wollen den Weg, um dieser unzulässigen Situation ein Ende zu machen. Ich füge hinzu, daß die deutsche Delegation durchaus bereit ist, über ihre eigenen Vorschläge hinaus noch weiteren Verböten auf diesem Gebiete zuzustimmen, vorausgesetzt, daß sie in gleicher Weise für alle anderen Staaten gelten. Nach dem deutschen Vertreter ergriff der jugoslawische Delegierte Schumantowitsch das Wort, um den jugoslawischen Antrag zu begründen. Der italienische Außenminister Grandi erklärte seine volle Zustimmung zu dem englischen Vorschlag und begründete ihn geradezu als eine Maßnahme, durch die auch die quantitative Abrüstung erleichtert würde. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag mittags angesetzt.

Die Prüfung des Materials über das Reichsbanner

Berlin, 20. April. In einem Teil der Presse ist in den Erörterungen über die Prüfung des Materials über das Reichsbanner behauptet worden, daß vor der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf keine abschließende Entscheidung getroffen werden wird. Vom Reichsinnenministerium wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß selbstverständlich der Reichskanzler über den Gang der Dinge auf dem Laufenden gehalten wird, und daß ebenso selbstverständlich alle Entscheidungen in engstem Einvernehmen mit dem Kanzler getroffen werden. Dies ist aber auch möglich, so lange der Reichskanzler in Genf weilt.

In diesem Zusammenhang wird zu den Behauptungen, daß eine Reihe von Länderregierungen das Verbot des Reichsbanners gefordert hätten, von unterrichteter Seite in Ergänzung der bereits gemeldeten Richtigstellung betont, daß auch beim Reichsrat kein dergleicher Antrag auf Verbot des Reichsbanners eingegangen ist.

der Reichstagsabgeordnete Paul Hornik maßgebend an den Versuchen beteiligt gewesen sind, den RFB. illegal fortzuführen. Ob die genannten Organisationen, der „Antifaschistische Kampfbund“ und der „Arbeiterkämpferbund“, mit den Angelegenheiten des verbotenen „Rotfrontkämpferbundes“ zu tun hatten, wird noch geprüft.

Amerika gegen ein neues Moratorium

Washington, 19. April. Die Ankündigung des britischen Schatzkammers im Unterhaus, daß keine Zahlungen an Amerika in das neue Budget eingestellt seien, erregte im Bundesamt Überregung und Unruhe. Senator Reed sagte, er bezweifle, daß England seine Verpflichtungen an Amerika nicht erfüllt zu regeln bereit sei; für Amerika jedenfalls komme ein neues Moratorium nicht in Frage. Senator Borah erklärte, das Hoover-Moratorium sei nicht im Interesse Englands sondern Deutschlands proklamiert worden, und Amerika sehe keine Veranlassung, den Willkür entgegenzukommen, solange sie nicht ihre Rüstungen herabsetzen, die Reparationsfrage lösen und den Verfall der Vertrag revidieren. Weitere Opfer zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers seien nutzlos, solange die gegenwärtige politische Konstellation nicht geändert werde. Im Staatsdepartement erklärte man, von der britischen Regierung keine Benachrichtigung erhalten zu haben, daß sie keine weiteren Zahlungen an Amerika leisten wolle. Senat legt Chamberlains Erklärung keine erhebliche Bedeutung bei, sondern nimmt an, daß die britische Regierung nur das Ergebnis der Lausanne Konferenz abwarten will, bevor sie diese Kosten dem Budget einfügt.

Lardieu reist mit MacDonald nach Genf

Paris, 20. April. Nach einer dreierlei Stunden währenden Unterredung mit MacDonald erklärte Ministerpräsident Lardieu der Presse: MacDonald hat während seines kurzen Pariser Aufenthaltes eine freundschaftliche Aussprache mit mir gewünscht, worüber ich mich freue. Wir haben über die beide Länder interessierenden Fragen und besonders die gegenwärtig auf der Konferenz stehenden Gegenstände gesprochen. Ich habe behauptet, heute eben gleichzeitig mit ihm nach Genf abzureisen. Wir werden im Zuge unserer Aussprache forschen und auch noch im Laufe des morgigen Tages. Ich weiß noch nicht, ob ich übermorgen oder erst in zwei Tagen in Paris zurück sein werde.

Kein Länderantrag auf Verbot des Reichsbanners

Berlin, 20. April. Die Blättermeldungen, wonach das Staatsministerium von Weidenburg-Strelitz seine Gesandtschaft in Berlin beauftragt haben soll, beim Reichsinnenministerium des Verbot des Reichsbanners zu beantragen, treffen nicht zu. Weder ist zur Stunde bei den zuständigen Reichsstellen von der Angelegenheit etwas bekannt, noch liegt bei der Gesandtschaft von Weidenburg-Strelitz ein solcher Auftrag vor. Die gleichzeitig aufgestellte Behauptung, daß vier andere Länder einen entsprechenden Antrag gestellt hätten, ist ebenfalls unrichtig. Den Reichsstellen liegt lediglich ein Brief des sächsischen Ministerpräsidenten vor, der sich ganz allgemein unter Berufung auf die Notverordnung dafür ausspricht, daß alle Verbände, die ähnlich wie die verbotenen nationalsozialistischen Organisationen, einen Staat im Staate zu bilden geeignet wären, wie die erwähnten Organisationen behandelt werden sollten. Da nach neueren Meldungen Weidenburg-Strelitz sich lediglich einem Verbotsantrag anschließen wollte, so wäre also bisher auch formal für den angelegten Schritt der Regierung von Weidenburg-Strelitz keine Grundlage vorhanden.

Die Reichsleitung der NSDAP. zu den heftigen Materialveröffentlichungen

München, 20. April. Eine Mitteilung der Reichsleitung der NSDAP. zu den Veröffentlichungen der heftigen Regierung über neu entdecktes Material zu dem sogenannten „Boheimer Dokument“ besagt, sie halte nach wie vor kategorisch daran fest, daß ihr von dem Boheimer Entwurf nicht das Geringste bekanntgewesen sei, daß er keineswegs amtlich der Öffentlichkeit übergeben worden sei. Das sogenannte Boheimer Dokument stehe nach wie vor die Urtextarbeit einiger Mitglieder der NSDAP. in dessen der.

Der Grund der Genfer Reise Lardieus

Paris, 20. April. In einer Hearsay-Meldung aus Genf wird für morgen die Intervention Paul Boncour oder Lardieus in der Abrüstungsdebatte angekündigt. Der Gedanke, gewisse Waffen zu verbieten, heißt es in der Meldung, sei gewiß für die nichtunterzeichneten Mächte verführerisch. Aber er läßt nichts oder fast nichts, wie die Franzosen und ihre Freunde beweisen würden. Deshalb habe Frankreich vorgeschlagen, diese Waffen zu internationalisieren. Frankreich sei durchaus nicht gegen den Grundsatze der qualitativen Abrüstung oder Herabsetzung, wie seine Vorschläge beweisen. Nur sei die Frage, wie dieser Grundsatze angewandt werden würde, und hier komme für die französische Delegation die Sorge um die Sicherheit zur Geltung. Deshalb sei MacDonalds und Lardieus Besuch in Genf so opportun wie nur irgend möglich.

Der 24. April Grobwohltag auch in Österreich

Bundes- und Gemeinderatswahlen
Wien, 20. April. Der 24. April ist auch für die innerpolitische Entwicklung Österreichs von außerordentlicher Bedeutung. An diesem Tage wird in Wien, in Niederösterreich und in Salzburg der Landtag neu gewählt werden, in Steiermark und in Kärnten werden mit Ausnahme der beiden Landeshauptstädte Graz und Klagenfurt die Vertretungskörper aller Gemeinden neu besetzt. Es wird also der weitaus größte Teil aller österreichischen Wähler zu den Urnen gerufen. Diese Wahlen sind von besonderer Wichtigkeit, weil sie, zum ersten Male nach den Nationalratswahlen im November 1930, Ausschluß über das gegenwärtige Ständeverhältnis der österreichischen Parteien geben werden.

Die Abrüstungsverhandlungen in Genf

Genf, 20. April. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat die Entscheidung über die Abrüstungsmaßnahmen in der gestern beschlossenen Form heute angenommen. Gegen die Entscheidung stimmte Rußland. Der Ausschuss wandte sich dann der Frage der qualitativen Abrüstung zu. Der englische Außenminister Simon eröffnete die Aussprache, der zwei Entscheidungsentwürfe zugrunde lagen, ein englischer, der sich für den Grundsatze der qualitativen Abrüstung ausspricht und ein jugoslawischer, der wesentlich ausführlicher gehalten ist und entsprechend der bekannten Entscheidung der französischen Gruppe das Verbot ge-

Der Rotfrontkämpferbund wurde illegal fortgeführt

Das vorläufige Ergebnis der Durchsuchungaktion
Berlin, 20. April. Der Volkseisenpräsident teilt mit: Die nach längeren Beobachtungen am gestrigen Tage vorgenommenen Hausdurchsuchungen bei Funktionären des „Antifaschistischen Kampfbundes“ und des sogenannten „Roten Frontkämpferbundes“ haben ergeben, daß der verbotene „Rote Frontkämpferbund“ illegal fortgeführt wurde. Ueber den Umfang und die Bedeutung des Fortsetzungsverbotes kann noch nichts gesagt werden. Festgestellt wurde, daß der Tischler Emil Wastrow, der Maler Wilhelm Mohr und

An dem Wahlkampf beteiligen sich neben den alten politischen Parteien des Landes, den Christlich-Sozialen, den Großdeutschen, dem Landbund und der Sozialdemokra-

erhalten. Ein
den Vortwurf
nen Stein in
auch recht.
Der Dampfer
Amerikaner
Germanbad
sonnte, ließ
und etwa
so erhielt die
Vendung: Der
runde, weil er
der drei Gen-
er — nach
gewiesen.
nen händlerin-
ndwasser und
hwinden und
Bapete ganz
des Hunger-
eifelte Sange-
War es Güte,
tal ein paar
der Drei ein-
te? Einmal
insichten Atoll
ihre Leben
war? Ach, die
Am ein Stück
ich gern bre-
die Rettung.
Gouverneur
der Betreuen
Das Bewissen
er jagte sein
akt. Es kam
und sonstigen

01 6
SLUB
Wir führen Wissen.